

# BERLIN

## KOMPAKT

### DROGENHANDEL Dealer in Neukölln und Wedding festgenommen

**BERLIN** – Die Polizei hat drei mutmaßliche Drogenhändler gefasst und erhebliche Mengen Rauschgift und Bargeld beschlagnahmt. Einem 25-Jährigen wurde am Mittwoch bereits ein Haftbefehl verkündet. Bei der Durchsuchung der Wohnung seiner Lebensgefährtin an der Reuterstraße fanden die Beamten etwa 850 Gramm Heroin, 50 Gramm Kokain sowie 19.000 Euro mutmaßlichen Handelserlös. In Wedding wurde am Mittwochabend ein 39 Jahre alter Mann gefasst, in dessen Wohnung an der Freienwalder Straße Polizisten fast vier Kilogramm verschiedener Drogen, eine Schreckschusswaffe und mehrere zehntausend Euro beschlagnahmten. Gut eine Stunde später wurde in Wedding ein 23-Jähriger festgenommen, der einem Autofahrer Drogen verkauft hatte.

### UNFALL

#### Kranseil erschlägt Dachdecker aus Berlin

**HENNIGSDORF/NEURUPPIN** – Ein 48 Jahre alter Dachdecker aus Berlin ist Opfer eines Arbeitsunfalls geworden. Beim Stellen eines Dachstuhls ist er von einem abgerissenen Seil erschlagen worden. Wie ein Sprecher der Polizeidirektion Nord am Donnerstag sagte, war der Bauarbeiter am Mittwochabend in Hennigsdorf (Oberhavel) dabei gewesen, mit dem Hebeseil eines Krans eine Balkenkonstruktion in Position zu bringen. Bei diesen Arbeiten riss das Seil und traf den Mann am Kopf. Der Berliner starb noch am Unfallort. Aus welchen Gründen das Seil gerissen war, blieb zunächst unklar.

### WETTER

#### Mix aus Sonne und Wolken, meist trocken und warm

Heute ist es wechselnd bewölkt, und die Sonne kommt längere Zeit zum Vorschein. Dabei bleibt es trocken. Die Temperaturen steigen auf 21 bis 28 Grad. Der Wind weht mäßig aus Nordwest. In der Nacht kühlt sich die Luft auf 15 bis 13 Grad ab.

Sonnenschein: 9 Std.

Regenrisiko: 20 %



**Sonnabend** 27° **Sonntag** 29° **Montag** 30°

**Sonne** 05:07 Uhr **Mond** 17:17 Uhr  
17:59 Uhr 01:36 Uhr

### Bus und Bahn

**S-Bahn: S1:** Die Linie wird über Pankow und Schönfließ Richtung Oranienburg wegen Gleisbauarbeiten bis Montag, 5. 8. 2013, umgeleitet. **S41, S42, S45 und S46:** Unterbrechung zwischen Südkreuz und Bundesplatz bis 5. 8. 2013. **S5, S7 und S75:** Bis 22. 7. halten die Züge in Richtung Charlottenburg nicht am S-Bahnhof Zoologischer Garten.

**U-Bahn: U3:** Bis 26. 7. 2013, montags bis freitags, ab 9 Uhr bis ca. 13 Uhr Pendelverkehr zwischen Breitenbachplatz und Thielplatz bzw. Thielplatz und Krumme Lanke. **U5:** Zwischen Cottbusser Pl. und S+U Wuhletal Busersatzverkehr bis 12. 8. Baustellen

**A 100 (Stadtring)/A15 (Avus):** Nur ein Fahrstreifen auf der A 100 Richtung Wedding zwischen AS Kurfürstendamm und Kaiserdamm. Sperrung der Einfahrt von der Halenseestraße auf die A 100.

**Ahrensfelde (Brandenburg):** Die Dorfstraße wird im Zuge der Sanierung der B 158 bis Sonntag in beiden Richtungen zwischen der Stadtgrenze Berlin und Mehrower Straße voll gesperrt. Umleitung über Märkische Allee, Landsberger Allee (Berlin) und Landsberger Chaussee (Brandenburg).

**Marzahn:** Ab 18 Uhr kommt es auf der Kreuzung Alt-Biesdorf/Blumberger Damm zu massiven Einschränkungen. Bis Montagmorgen, ca. 5 Uhr, steht je Fahrtrichtung nur je ein Fahrstreifen zur Verfügung. Abbiegen ist nicht möglich.



Streikbereit: Krankenschwester Dana Lützkendorf von der Ver.di-Betriebsgruppe

## Mitarbeiter der Charité drohen mit Warnstreik

Pflegekräfte klagen über zu viel Arbeit. Frist für Tarifverhandlungen endet heute

JAN SCHAPIRA

An der Charité wird es zum Streik kommen, daran hat Dana Lützkendorf keinen Zweifel. Der Charité-Vorstand habe bisher keine Gesprächsbereitschaft erkennen lassen, sagt die Vertreterin der Ver.di-Betriebsgruppe des Universitätsklinikums, und die Frist der Gewerkschaft zur Aufnahme von Tarifverhandlungen läuft am heutigen Freitag aus. Sollte der Termin ungenutzt verstreichen, will Ver.di an einem noch nicht bekannten Tag in den Warnstreik treten, kurzfristig Krankbetten und sogar ganze Stationen sperren. Die Charité würde dann nur eingeschränkt weiterarbeiten können, droht Ver.di. Ein länger andauernder Streik bei einem der größten Arbeitgeber Berlins mit einer Gesamtbelegschaft von rund 12.500 Mitarbeitern könnte folgen.

Allerdings geht es der Dienstleistungsgewerkschaft nicht um höhere Löhne. Sie beklagt eine permanent hohe Arbeitsbelastung und fordert die personelle Mindestbesetzung mit Pflegekräften auf den Krankenhaus-Stationen.

Dana Lützkendorf ist seit 13 Jahren Krankenschwester an der Charité. Die 36-Jährige sagt, die Arbeitsbedingungen an allen Einrichtungen des Universitäts-Klinikums seien „desaströs“. In vielen Bereichen der Charité sei eine Pflegekraft für 15 Patienten zuständig. Unter dieser hohen Arbeitsbelastung leide die Versorgung der Patienten, erzählt Lützkendorf. Durch Zeitdruck und Stress aufgrund der geringen Personalausstattung sähen sich Pflegekräfte häufig gezwungen, weniger dringende Behandlungen zu unterlassen. Pfleger müssten oft überlegen, ob das Waschen eines Kranken oder das Wechseln der Bettwäsche tatsächlich schon nötig seien, so Lützkendorf. Zeit für eine „wirklich mensch-

### VIER STANDORTE

Am **Campus Mitte** ist der Gründungssitz der Charité. Im Jahr 1710 ließ König Friedrich I. vor den Toren der Stadt ein Pesthaus errichten. 1727 bestimmte König Friedrich Wilhelm I. das Pesthaus zum „Lazarett und Hospital“ sowie zur Lehranstalt für angehende Ärzte und gab ihm den Namen Charité.

Zwischen 1959 und 1969 entstand im Süden Berlins das Klinikum Steglitz. 1994 wurde es in **Universitätsklinikum Benjamin Franklin** (UKBF) umbenannt. 2003 fusionierte das UKBF mit der Charité.

Auf Initiative von Rudolf Virchow wurde im Norden Berlins zwischen 1898 und 1906 ein viertes städtisches Krankenhaus errichtet: das **Rudolf-Virchow-Krankenhaus**. 1997 fusionierten die medizinischen Fakultäten Rudolf-Virchow-Klinikum und Charité zur Medizinischen Fakultät Charité der Humboldt-Universität zu Berlin.

Zwischen 1900 und 1920 wurden in **Berlin-Buch** mehrere Krankenhäuser mit insgesamt mehr als 5000 Betten gebaut. Es entstand die damals größte Krankenhausstadt Europas.

liche Betreuung der Kranken“ bleibe nicht. „Für ein Einfühlen bleibt keine Zeit. Wir können keine Gespräche führen“, sagt die Krankenschwester. Ein „schlechtes Gewissen“ sei daher ständiger Begleiter der Pflegekräfte, sagt Lützkendorf.

Auf dem Dienstplan der Krankenhausstationen sei stets nur eine minimale Besetzung an Pflegekräften vorgesehen, klagt Lützkendorf: „Das Personal ist so knapp bemessen, dass, wenn jemand krank wird, Arbeit liegen bleiben muss, damit die Grundversorgung geschafft werden kann.“ Eine weitere Folge der Personalbesetzung sei, dass die Pflegekräfte fortlaufend Überstunden anhäufen, sagt die Krankenschwester. Jörg Pawlowski, Personalrat an der Charité, kann das bestätigen. Nach Berechnungen des Personalrats müssen pro Monat rund 1000 Beschäftigte Freizeit opfern, um den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Allein bis Ende des Jahres 2012 hätten die Pflegekräfte der Charité 132.000 Überstunden angesammelt. Um diese abbauen zu können, müssten 80 Voll-

zeitkräfte eingestellt werden. „Diese Arbeitsbedingungen verschleifen die Gesundheit der Pfleger“, sagt Pawlowski. Täglich erreichten ihn zwei bis drei Überlastungsanzeigen aus verschiedenen Stationen. Häufig stehe in diesen Anzeigen, die die Mitarbeiter selbst schicken, dass die Pflegearbeiten in Unterbesetzung hätten erfüllt werden müssen. Auf Nachfrage bestätigt auch Charité-Sprecherin Manuela Zingl, dass beinahe täglich solche Anzeigen gestellt werden.

Eine Zunahme der Arbeitsbelastung für das Pflegepersonal geht auch aus den Charité-Jahresberichten hervor, die auf der Internet-Seite des Klinikums für die Jahre 2006 bis 2011 öffentlich einsehbar sind. Von 2006 bis 2011 ist demnach die Zahl der Vollzeitkräfte im Pflegepersonal von 3752 auf 3565 gesunken. Im selben Zeitraum wurden aber mehr Patienten an der Charité behandelt. Die Zahl der stationären Fälle stieg von 127.429 auf 139.142. Die ambulanten Behandlungen stiegen noch stärker, von 502.522 auf 593.614 Patienten. Die durchschnittliche Verweildauer der stationären Patienten

reduzierte sich in diesem Zeitraum von 7,7 Tagen auf 6,41 Tage.

Für das Jahr 2012 nennt Zingl der Charité 615.694 ambulante und 140.706 stationäre Fälle, die behandelt worden seien. Die Charité habe an ihren drei Campus-Standorten Mitte, Virchow und Benjamin Franklin insgesamt 3095 Betten. Die Verweildauer für einen Patienten betrage durchschnittlich 6,39 Tage. Aktuell seien in den pflegenden Bereichen, die nach Dienstplan erfasst sind, rund 4100 Mitarbeiter tätig. Für Ver.di bedeute all das: mehr Arbeit für weniger Personal. Die Gewerkschaft fordert: Statt bis zu 15 Patienten wie derzeit solle ein Pfleger auf einer normalen Station fünf Patienten betreuen.

Zingl erteilt keine detaillierten Auskunft zu Arbeitsbelastung und der Anzahl der Überstunden des Pflegepersonals. Im Jahr 2012 hätten die Charité-Mitarbeiter im Pflege- und Funktionsdienst jeweils im Durchschnitt rund 18,5 Überstunden geleistet. Das sei im ersten Halbjahr 2013 leicht rückläufig. Im Juni 2013 seien es im Durchschnitt rund 80 Minuten pro Mitarbeiter gewesen.

Ähnlich verhalte es sich mit den in der Pflegedirektion eingegangenen Überlastungsanzeigen, so Zingl. Durchschnittlich seien pro Monat im Jahr 2012 rund 32 Überlastungsanzeigen eingegangen, im ersten Halbjahr 2013 rund 26 pro Monat, im Juni 31. Die Streikabsichten von Ver.di seien eine „gewerkschaftspolitische Inszenierung“. Die Forderungen seien nicht neu, zudem habe die Gewerkschaft im März selbst die laufenden Gespräche abgebrochen. Ohnehin, so die Charité, seien Fragen des Gesundheitsschutzes zwischen Arbeitgeber und dem Personalrat zu klären. Der Charité-Vorstand sei sich „der außerordentlichen Belastung der Mitarbeiter“ bewusst. Hinweisen auf Überlastung gehe man zeitnah nach.

## Überhöhte Mieten ahnden

Senator Müller verschickt Rundbrief an Bezirke

ISABELL JÜRGENS

Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) hat die zwölf Berliner Bezirksämter aufgefordert, gegen überhöhte Mieten vorzugehen. In einem Rundschreiben an die zuständigen Stadträte weist der Senator darauf hin, dass die Verfolgung überhöhter Mietpreise nach Paragraph 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes wieder möglich ist. Hintergrund: Der Berliner Senat hatte im Mai dieses Jahres per Verordnung für das gesamte Stadtgebiet eine „angespannte Wohnungsmarktsituation“ festgestellt. Der Senator möchte die Bezirke daran erinnern, dass nun wieder möglich ist, was vor 13 Jahren in Berlin abgeschafft wurde: Geldbußen bis zu 50.000 Euro zu verhängen, wenn einem Vermieter nachgewiesen werden kann, dass er die Zwangslage der Mieter oder deren Unerfahrenheit vorsätzlich ausnutzt, um eine Miete zu verlangen, die die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als 20 Prozent übersteigt. Die Voraussetzung zur Ahndung durch die Bezirke hat der Senat am 19. Mai dieses Jahres geschaffen, als er per Verordnung festgelegt hat, dass im gesamten Stadtgebiet eine „angespannte Wohnungsmarktsituation“ herrscht. Liegt die verlangte Miete 50 Prozent über der Vergleichsmiete, handelt es sich sogar um Mietwucher. Für die Verfolgung ist die Staatsanwaltschaft zuständig.

„Wenn jemand seine Wunschwohnung nicht im Szenekiez findet, ist das ein Luxusproblem“

Bernd Strehlow vom Bundesverband Freier Wohnungsunternehmen in Berlin

In den Bezirken reagiert man skeptisch auf den Vorstoß des Senators. „Wie sollen wir diese zusätzliche Aufgabe angesichts der Personalnot leisten?“, so Sybille Klotz (Grüne), Baustadträtin in Tempelhof-Schöneberg. Da die Fälle nach dem Wirtschaftsstrafgesetz seit dem Jahr 2000 nicht mehr relevant waren, sei die „Mietpreisüberwachungsstelle“ längst abgeschafft worden. „Heute haben wir nur noch eine einzige Mitarbeiterin für die Wohnungsaufsicht im gesamten Bezirk“, sagte Klotz.

Doch gegen Mietwucher vorgehen können nicht nur die Bezirke, sondern auch jeder betroffene Mieter. Reiner Wild vom Berliner Mieterverein begrüßt denn auch die Initiative des Senators. Wild weist Mieter aber zugleich darauf hin, dass die Regelung nur bei Neuvertragsabschlüssen und Modernisierungserhöhungen greift. Der Verband Berlin Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), in dem auch die städtischen Wohnungsunternehmen vertreten sind, rechnet damit, dass entsprechende Fälle über kurz oder lang vor Gericht kommen werden. Dabei werde zunächst die Frage im Mittelpunkt stehen, auf welcher Grundlage die Wohnungsmarktsituation für Berlin festgestellt wurde. „Zwar sprechen etliche Indizien für eine Anspannung, allerdings fehlt hierzu noch ein gerichtsfester Beweis“, betonte BBU-Sprecher David Eberhardt.

Genau darauf hebt auch der Bundesverband Freier Wohnungsunternehmen (BFW) in seiner Kritik an dem Vorstoß des Senators ab. Nach Einschätzung von Bernd Strehlow, dem stellvertretenden Geschäftsführer des Berliner BFW-Regionalverbandes, sei die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt von einer Mangellage in ganz Berlin weit entfernt. „Wenn jemand seine Wunschwohnung nicht im Szenekiez findet, ist das ein Luxusproblem“, so Strehlow. Ob die Verordnung rechtens ist, sei deshalb fraglich.

## Mehr Geld für Berlins Universitäten

Präsidenten unterschreiben Hochschulverträge. Probleme bei der Gebäude-Sanierung

Die Berliner Hochschulen und der Senat sind sich einig: In den kommenden Jahren steigen die Zuschüsse auf knapp 1,2 Milliarden Euro an. Dies sehen die Hochschulverträge vor, die die Präsidenten der Berliner Universitäten jetzt unterschrieben haben. Zuletzt hatte es Widerstände der Präsidenten gegeben, weil in dem Text ein Passus stand, den nicht nur Peter-André Alt, Präsident der Freien Universität, nicht akzeptabel fand. Darin hieß es, das Land werde nicht einspringen, sollte der Bund sich aus der Finanzierung des Hochschulpakts zurückziehen. Immerhin fließen daraus 150 Millionen Euro nach Berlin. Dieser Passus wurde

nun gestrichen. Stattdessen will man verhandeln, falls der Bund den Kurs wechselt. Von Seiten der Universitäten ist der Weg für die Finanzierung bis 2017 frei, der Senat muss noch zustimmen.

Der Zuschuss an die drei großen Universitäten, die vier Fachhochschulen sowie die vier künstlerischen Hochschulen steigt von 1,058 Milliarden Euro im Jahr 2013 stufenweise auf bis zu 1,180 Milliarden 2017, wobei Technische (TU), Humboldt- (HU) und Freie Universität (FU) dann zusammen knapp 880 Millionen erhalten können. Diese Summe fließt nur, wenn die Hochschulen die mit dem Senat vereinbarten Leistungen erbringen, also noch mehr Studenten in

der Regelstudienzeit zum Abschluss bringen, Absolventenquoten erhöhen, Geld aus anderen Quellen einwerben und Forschungsergebnisse bringen.

Der Anstieg der Gelder verteilt sich gleichmäßig auf alle Hochschulen. Alle erhielten jährlich zwischen 2,7 und 2,8 Prozent mehr Geld, sagte TU-Präsident Jörg Steinbach. Weil das gelungen sei, gebe es auch keinerlei Differenzen unter den Hochschulen. Die Präsidenten hatten einen zusätzlichen Bedarf von 148 Millionen Euro ab 2017 berechnet, um angesichts steigender Kosten den Status quo halten zu können. Nun ist ein Plus von 122 Millionen herausgekommen. Die Lage bleibe deshalb angespannt, wenn

auch mit einschneidenden Kürzungen wie der Schließung eines Fachbereichs nicht zu rechnen ist. FU-Präsident Alt bezeichnete die Ergebnisse eher positiv. „Aber Teilthemen bedrücken uns“, sagte er. Vor allem sehen die Hochschulen keine Lösung für ihre maroden Gebäude. 17 Investitionsprojekte hatte Wissenschaftssenatorin Sandra Scheeres (SPD) dem Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos, für SPD) vorgetragen. Bis auf zwei wurden alle zurückgestellt. Nur die HU soll in Adlershof ein Gebäude für die Naturwissenschaften bekommen, die TU erwartet im September die Zusage für ein neues Mathematik-Gebäude, das 81 Millionen Euro kosten soll. jof